Buntes Leben vor Ort ermöglichen

Das Leben spielt in den Städten, Gemeinden und Kreisen des Landes. Hier wohnen und arbeiten die Menschen, hier besuchen die Lütten die Kita, gehen Kinder und Jugendliche in die Schule. Hier treffen sich die Seniorinnen und Senioren, hier engagieren sich Unzählige im Ehrenamt.

Damit das Leben in der kommunalen Gemeinschaft bunt und liebenswert ist, brauchen die Menschen vor Ort Läden zum Einkaufen, Bus und Bahn, Arztpraxen, Krankenhäuser, Schulen und Kitas, Wasserversorgung, die Müllabfuhr und vieles andere mehr. Um all das finanzieren zu können, benötigen Kommunen ausreichend Mittel. Bislang reichten diese viel zu häufig nicht aus, um allen Aufgaben gerecht werden zu können. Es fehlte vor allem Geld, um in Infrastruktur zu investieren oder Gebäude und Straßen instand zu setzen. Das soll sich nun ändern. Die Große Koalition hat versprochen, dass mehr Geld vor Ort ankommt. Dazu wird der kommunale Finanzausgleich geändert. Die Gemeinden und Landkreise in Mecklenburg-Vorpommern warten seit langem darauf, denn viel zu viele haben noch immer dicke Löcher in ihrem Haushalt. Es ist also längst überfällig, ihnen wieder Luft zum Atmen zu verschaffen. Sie brauchen dringend mehr Spielraum, um die jahrelang unterbliebenen Sanierungen an Straßen, Gehwegen, an Kitas, Schulen und Sportanlagen vornehmen zu können. Aber sie benötigen auch finanziellen Freiraum, um das zu finanzieren, was das Leben ausmacht: Kultur, Sport, Freizeit- und Erholungsmöglichkeiten. Das neue Gesetz muss jetzt zügig kommen, auch weil die Kommunen dann sicher planen können. Wir setzen uns in den Beratungen im Landtag dafür ein, dass die Kommunen nicht benachteiligt werden. So soll der bislang festgelegte kommunale Anteil an den Gesamteinnahmen des Landes etwas abgesenkt werden. Das lehnen wir ab. Dank der guten konjunkturellen Lage, dank höherer Zuweisungen vom Bund und dank der Mehreinnahmen aus dem neuen bundesstaatlichen Finanzausgleich wird der zu verteilende Kuchen größer. Daran hat die Landesregierung keine Aktien. Auf einen Teil des Kuchens haben die Kommunen einen gesetzlichen Anspruch. Nichts spricht dagegen, diesen Teil zu Gunsten der Kommunen etwas anzuheben. Das werden wir einfordern. Die Landesregierung bewegt sich endlich in der Frage, Kommunen stärker zu unterstützen, damit sie ihre Schulden abbauen können. Auch wird ab 2020 zusätzliches Geld für eine Infrastrukturpauschale bereitgestellt. Seit Jahren hat meine Fraktion dies eingefordert und ist damit stets auf Granit gestoßen. Der stete Tropfen höhlt den Stein.

Das ist Ihr gutes Recht!

Wie der gesamte öffentliche Dienst steht auch die Justiz vor erheblichen Personalproblemen. Mehr als die Hälfte aller Richterinnen und Richter sowie Staatsanwältinnen und Staatsanwälte in Mecklenburg-Vorpommern gehen in den kommenden 12 Jahren in den Ruhestand. Von den 306 Richterinnen und Richtern der ordentlichen Gerichtsbarkeit werden es bis 2031 sogar 194 sein. Das sind fast zwei Drittel. In der Fachgerichtsbarkeit und den Staatsanwaltschaften ist immer noch etwa die Hälfte der Richterinnen und Richter sowie Staatsanwältinnen und Staatsanwälte betroffen.

Derzeit kann die entstehende Lücke nicht mit eigenen Nachwuchsjuristen geschlossen werden. Die Landesregierung hat es in den vergangenen Jahren unterlassen, für ausreichend Nachwuchs zu sorgen. Die Zahl der Absolventinnen und Absolventen sowohl im ersten als auch im zweiten Staatsexamen ist bereits seit Jahren zu gering. In den Jahren von 2001 bis 2018 haben im Durchschnitt jährlich lediglich acht Referendarinnen und Referendare ein Prädikatsexamen erreicht.

Es kommen weitere Umstände hinzu, die die Lage noch verschärfen. Der künftige Personalbedarf ist ein bundesweites Problem, so dass die Justiz Mecklenburg-Vorpommerns sich nicht nur in Konkurrenz mit der freien Wirtschaft, sondern auch mit den Landesverwaltungen anderer Bundesländer und des Bundes befindet.

Sollte Mecklenburg-Vorpommern dieser Entwicklung nichts entgegensetzen können, wäre die Funktionsfähigkeit der Justiz ernsthaft gefährdet, denn schon jetzt ist das Land bundesweites Schlusslicht bei den Verfahrensdauern, insbesondere bei den Sozialgerichtsverfahren.

Aus diesem Grunde hat die Linksfraktion ein Personalkonzept entwickelt, das die Funktionsfähigkeit der Justiz in der Zukunft sicherstellen soll. Es beinhaltet ein besseres Angebot hinsichtlich der universitären Ausbildung, einen attraktiveren Vorbereitungsdienst im Land und bessere Arbeitsbedingungen für Probe- und Lebenszeitrichter. Es muss ein ganzes Maßnahmenpaket auf den Weg gebracht werden, damit die Menschen ohne große Verzögerungen zu ihrem guten Recht kommen.

Wir sind für Sie da:
DIE LINKE. Fraktion im Landtag M-V Lennéstr. 1 19053 Schwerin
Tel. 0385 / 5252500 E-Mail: info@linksfraktionmv.de www.linksfraktionmv.de
facebook.com/LinksfraktionMV youtube.com/user/LinksfraktionMV
twitter.com/LinksfraktionMV instagram.com/linksfraktionmv

DIE LINKE. Fraktion im Landtag Mecklenburg-Vorpommern

Wir brauchen eine ehrliche Bestandsaufnahme

Informationen zum Doppelhaushalt 2020/2021

Simone Oldenburg
Fraktionsvorsitzende

Viele Jahre sind ins Land gegangen, in denen die Landesregierung keinen Finger gerührt hat, die Probleme in M-V anzupacken. Sie hat dringend erforderliche Investitionen unterlassen. Das Land ist damit hinter seinen Möglichkeiten zurückgeblieben. Die Landtagswahl 2021 vor Augen, wollen SPD und CDU jetzt endlich allerlei Vorhaben umsetzen, die sie seit langem vor sich her tragen. So soll die über mehr als zehn Jahre angekündigte Beitragsfreiheit in der Kita eingeführt werden, die Reform des kommunalen Finanzausgleichs kommen, bei der Polizei und im Strafvollzug soll es mehr Personal geben. Dennoch bleiben zahlreiche Probleme ungelöst. Auch bei der Gewinnung von Lehrkräften wurde und wird kostbare Zeit vertan, wichtige Vorhaben werden weiter auf die lange Bank geschoben.

Dabei verfügt das Land seit Jahren über einen soliden finanziellen Handlungsspielraum, der mutige Investitionen erlaubt. Wir stehen für eine transparente, nachhaltige, sozial gerechte und klug ausgerichtete Haushalts- und Finanzpolitik. Vorsorgende Politik für alle Regionen und soziale Gerechtigkeit gehen dabei Hand in Hand.

Wir brauchen einen Landeshaushalt, der die Bedarfe widerspiegelt, die tatsächlich da sind. Dieses Land braucht eine ehrliche Bestandsaufnahme. Was ist da? Wo klaffen Lücken, und wie können wir diese schließen? Das geht nicht von heute auf morgen, muss aber nach einem Plan erfolgen. Diese Landesregierung handelt dagegen planlos und erst dann, wenn ein Problem nicht mehr zu ignorieren ist und Wahlen vor der Tür stehen. Die Ursachen, warum ein bestimmtes Problem da ist, werden nicht beseitigt. Es gibt kein Landeskonzept, das zunächst beschreibt, wo die weißen Flecken in der Daseinsvorsorge, etwa in der Bildung, in der Gesundheitsversorgung oder bei Arbeitsplätzen, sind. Nicht zuletzt ist die Landesregierung in der Pflicht, Lösungen zu entwickeln, wie wir ausreichend Frauen und Männer, etwa für touristische Betriebe oder Pflegeeinrichtungen, gewinnen können.

Meine Fraktion hat eigene Konzepte, die wir immer wieder zur Diskussion stellen. Die Landeregierung und die Fraktionen von SPD und CDU müssen lernen, dass unsere Vorschläge kein Teufelszeug sind, sondern Mecklenburg-Vorpommern voranbringen können. In einigen Fällen haben sie unsere Ideen übernommen – waren aber beim ‚Abschreiben' nicht ehrlich. Diesen Umweg kann sich die Große Koalition sparen und unsere Vorschläge gleich aufgreifen. So zum Beispiel unser Lehrergewinnungsprogramm, ein Personalkonzept für die Justiz und auch ganz konkrete Vorstellungen von einem kostenfreien ÖPNV.

Mobil sein bedeutet Lebensqualität – das muss auch ohne Auto möglich sein

Peter Freitag / pixelio.de

Für viele ist immer noch das Auto die erste Wahl, um mobil zu sein. Es ist immer noch Statussymbol, vermittelt das Gefühl von Freiheit und Unabhängigkeit. Das Auto prägte das Lebensgefühl ganzer Generationen und fast alle konnten es sich leisten. Die Zeiten ändern sich. Volle Straßen, Staus und fehlende Parkmöglichkeiten stressen. Gerade auf Rügen und Usedom ist die Schmerzgrenze der Verkehrsbelastung weit überschritten. Tägliches Pendeln bei immer weiteren Wegen kostet wertvolle Zeit und immer mehr Geld. Öffentliche Verkehrsangebote – gut, bezahlbar und am besten kostenfrei – müssen entsprechende Alternativen sein.

Das Bewusstsein für Umwelt und Klima steigt und ändert das Mobilitätsverhalten. Immer mehr wollen ohne eigenes Auto beweglich sein und auf Bahn und Bus umsteigen. Das fällt umso leichter, je attraktiver das Angebot und je geringer die Kosten sind. Gegenwärtig ist das jedoch nur in urbanen Räumen eine Option – in ländlichen Räumen müssen erst wieder ausreichend Busse und Bahnen fahren. Von möglichst vielen Fahrgästen genutzt, ist dies klima-, umwelt- und generationsgerecht. Auch im öffentlichen Verkehrsraum wäre mehr Platz für Rad- und Fußverkehr, die Aufenthalts- und Lebensqualität steigen.

Die Sicherung von Mobilität ist Daseinsvorsorge. Zwingend auf den öffentlichen Nahverkehr angewiesen sind Menschen, die zu jung, zu alt, zu krank, zu eingeschränkt oder zu arm sind. Wo nur noch der Schulbus fährt, die Bahn eingestellt wurde und Haltestellen weit entfernt sind, ist Teilhabe und das Erreichen von Arzt, Kita oder Arbeit schwerlich möglich. Das muss sich dringend ändern. Erreichbarkeit und Mobilität müssen in allen Dörfern möglich sein. Wir brauchen eine Initialzündung für den öffentlichen Nahverkehr.

Wir wollen uns nicht damit abfinden, dass sich das Land völlig aus der Verantwortung für den Nahverkehr mit Bus und Straßenbahn ziehen will. Es ist gut und richtig, dass Landkreise sowie Rostock und Schwerin mit dem künftigen Finanzausgleichsgesetz ab 2020 mehr Mittel und mehr Verantwortung erhalten. Sie sind Aufgabenträger für den sonstigen Öffentlichen Nahverkehr mit Bus und Straßenbahn. Aber kann und soll die kommunale Familie das alleine stemmen? Die anhaltende Unterfinanzierung ist ja der Grund dafür, dass das Angebot schlechter wurde. Es ist gut, dass ein Umdenken eingesetzt hat. So fahren alle Schülerinnen und Schüler in Rostock kostenfrei im Stadtgebiet mit allen öffentlichen Verkehrsmitteln. In fast jedem Landkreis verbesserte sich die Mobilität für Schülerinnen und Schüler. Sie können z. B. auch kostenfrei zur nicht zuständigen Schule mitfahren oder günstige Schüler-Freizeit-Tickets erwerben. Im Landkreis Ludwigslust-Parchim sichern nach Fahrplan fahrende Rufbusse die Anbindung aller Orte. In Regionen von Vorpommern-Greifswald fährt der ILSE-Bus ohne Fahrplan und bis zur Haustür. In einigen touristisch geprägten Orten ermöglicht die Kurkarte eine kostenfreie Bus-Nutzung - etwa mit der „KaiserbäderCard“ oder „MÜRITZ rundum“. Aber: Diese guten Angebote gibt es nicht flächendeckend. Es herrscht ein Flickenteppich.

Mobi-Pass

Freie Fahrt für Kinder und Jugendliche mit Bus und Bahn - eine Initialzündung für den Nahverkehr

- Der Mobi-Pass berechtigt alle Auszubildenden (u. a. Schülerinnen und Schüler, Azubis), landesweit, jederzeit und ganzjährig mit Bus und Regionalbahn unterwegs zu sein.
- Statt Insellösungen und für mehr Chancengleichheit sollen kommunale Anstrengungen unterstützt und zum landesweiten Mobi-Pass entwickelt werden.

Wir wollen den Nahverkehr verbessern

- Zusätzliches Landesgeld ermöglicht mehr Angebot einschließlich Personal und Fahrzeuge. Besonders profitieren sollen Dörfer und Ortslagen, somit alle Menschen in ländlichen Räumen – kostenfrei zunächst Kinder und Jugendliche.
- Schaffung und Unterstützung Regionaler Verkehrsverbünde oder eines Landesverkehrsverbundes sorgen für Vernetzung, einheitliche Tarife und Tickets.
- Digitalisierung ermöglicht Echtzeitauskünfte und E-Ticketing landesweit, jederzeit.
- Nötig sind rund 65 Mio. Euro zusätzliche Landesmittel pro Jahr.

Beitragsfreiheit ist gut – mit mehr Personal noch besser

Seit gefühlten hundert Jahren verspricht diese Landesregierung, die Kita für die Eltern beitragsfrei zu machen. Jetzt soll es ab Januar kommenden Jahres endlich soweit sein. Eine kostenfreie Kita entlastet nicht nur die Eltern, es erhöhen sich auch die Chancen für alle Kinder auf gleichen Zugang zu Bildung.

Während die Kostenfreiheit für die Eltern eine gute Sache ist, fehlen im neuen KiföG Regelungen zur Qualitätsverbesserung in der Betreuung gänzlich. Die Gruppen in den Einrichtungen sind zu groß, es gibt zu wenige Erzieherinnen und Erzieher. Um den Fachkraft-Kind-Schlüssel zu verbessern, brauchen wir mehr Erzieherinnen und Erzieher. Dafür muss die Ausbildungsplatzplanung endlich den tatsächlichen Bedarfen angepasst und ein landesweiter Mindestpersonalschlüssel festgeschrieben werden. Es muss klar geregelt sein, wieviel Personal eine Einrichtung vorhalten muss, um die gesetzlichen Vorgaben erfüllen zu können. Gegenwärtig ist beides nicht absehbar. Im Gegenteil. Die Erzieherinnen und Erzieher sowie die Tagespflegepersonen wurden und werden immer weiter mit Aufgaben belastet, ohne dass es hierfür zusätzliche Unterstützung gibt. Vollverpflegung, Zähneputzen, jetzt Hausaufgabenpflicht – all dies kam in den letzten Jahren an Aufgaben für die Erzieherinnen und Erzieher hinzu. Mehr Personal – Fehlanzeige.

Darüber hinaus werden Auszubildende wie Fachkräfte eingeordnet und als solche auch angerechnet – zumindest wenn es um die Arbeitsbelastung geht. Das kann nicht sein. Aus all diesen Gründen konnten wir dem Gesetzentwurf nicht zustimmen, so sehr wir die Elternbeitragsfreiheit auch begrüßen.

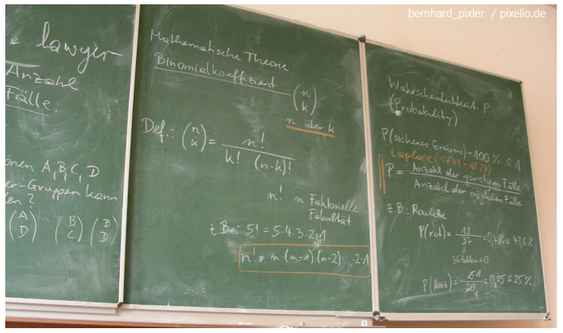
Mit der Beendigung des parlamentarischen Verfahrens zum Kindertagesförderungsgesetz geht unser Einsatz für eine Qualitätsverbesserung in der Kindertagesförderung weiter – auch in den Beratungen für den anstehenden Doppelhaushalt. Hier werden wir uns für eine angemessene Ausstattung der Kinder- und Jugendarbeit einsetzen. Denn mit den jetzigen Mitteln ist eine vernünftige Arbeit in diesem Bereich kaum möglich. Nur dem unermüdlichen Einsatz der Beschäftigten ist es zu verdanken, dass nicht schon mehr weggebrochen ist.

Ein erster Schritt für gute Bildung: 75 Millionen für Lehrkräfte

In den kommenden zehn Jahren gehen 7800 Lehrkräfte in den Ruhestand. Wegen gestiegener Schülerzahlen werden wir zudem mehrere hundert Lehrerinnen und Lehrer zusätzlich brauchen. Zum Schuljahr 2019/2020 konnten aber gerade mal etwa 400 ausgebildete Lehrkräfte gewonnen werden. Hinzu kommen 220 Seiteinsteigerinnen und Seiteneinsteiger.

Die Situation an den Schulen des Landes muss gelinde gesagt als äußerst angespannt bezeichnet werden. Mit dem Entwurf der Landesregierung zum anstehenden Doppelhaushalt ist keine Besserung in Sicht. Nicht einmal die selbst gesteckten Ziele aus der Koalitionsvereinbarung von SPD und CDU finden sich wieder. So ist weder ein einziger Cent für bessere Arbeitsbedingungen noch für die Lehrkräftegewinnung auf dem Land eingestellt. Geld für die Stärkung der Lehrerbildung suchen wir genauso vergebens wie zusätzliche Mittel zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Schulleitungen. Die 39 000 Euro für die Qualifizierung von Seiteneinsteigerinnen und Seiteneinsteigern sind ein schlechter Witz.

Um mehr Lehrkräfte gewinnen zu können, fordern wir Investitionen von zusätzlich


bernhard_pixler / pixelio.de

75 Millionen Euro. Mit diesem Geld kann die Pflichtstundenzahl um bis zu zwei Wochenstunden an allen Schulen wieder abgesenkt werden. Schulleitungen und Mentoren für Referendare erhalten mehr Zeit für ihre zusätzliche Arbeit. Für ältere Kolleginnen und Kollegen kann die Arbeitszeit ab 55 und 60 Jahre verkürzt sowie Altersteilzeit für bis zu 200 Lehrkräfte eingeführt werden. Um den Unterrichtsausfall zu verringern, erhält jede Schule ein Vertretungsbudget, das sie eigenständig einsetzen kann. Nicht zuletzt können „Unruheständler“ gerecht bezahlt werden.